

Die wichtigsten Dossiers und Themen in der Amtszeit von Preisüberwacher Werner Marti (1996 – 2004)

I. Allgemeines

1. Konsolidierung der Rolle des Preisüberwachers als wichtiger behördlicher Akteur im Gesundheitswesen.
2. Starke Positionierung der Preisüberwachung im gesamten *Infrastrukturbereich*.
3. Sensibilisierung der Behörden und der Öffentlichkeit für die Problematik der *Hochpreisinsel Schweiz*.

II. Gesundheitswesen

1. Spitaltaxen

Der Bundesrat bestätigt in seinen Beschwerdeentscheiden die strenge Überprüfungsmethode des Preisüberwachers. Das Kostenwachstum im stationären Spitalbereich kann gebremst werden.

2. Medikamentenpreise

Der Bundesrat erfüllt die Forderung des Preisüberwachers nach einer Verschärfung des Auslandpreisvergleichs. Die Preise von alten Präparaten werden vom BSV gesenkt.

Nach Inkrafttreten des Heilmittelgesetzes (HMG) reduziert die Pharmaindustrie 2002 ihre Rabatte an die Spitäler mit Verweis auf die neue Antikorruptionsbestimmung massiv. Nach einer Intervention des Preisüberwachers erhalten die Spitäler wieder Rabatte.

3. TarMed

Die Analyse einer frühen TarMed-Version zeigt 1999, dass der neue schweizerische Ärztetarif zu einer Kostenexplosion führen würde. Gestützt auf die Stellungnahme des Preisüberwachers weist die damalige Vorsteherin des EDI den TarMed mit der Auflage der Wahrung der Kostenneutralität an die Tarifpartner zurück.

Die Forderung des Preisüberwachers, dass der Taxpunktwert im Durchschnitt deutlich unter einem Franken liegen muss, setzt sich 2003 in den Verhandlungen zwischen den Tarifpartnern durch.

4. Zahnärztetarif

Auseinandersetzungen mit der Schweizerischen Zahnärztesgesellschaft um die Transparenz ihrer Preise führen dazu, dass der Bundesrat 2003 beschliesst, die Tarife der Zahnärzte der Preisbekanntgabeverordnung zu unterstellen.

III. Infrastruktur

1. Gebäudeversicherung

In einer Studie von 1996 weist die Preisüberwachung den kantonalen Gebäudeversicherungsanstalten eine übertriebene Reservenbildung nach. Gestützt darauf werden die Prämien in den folgenden Jahren in vielen Kantonen markant reduziert.

2. Cablecom

1999 will die Cablecom GmbH die Kabelfernsehgebühren schweizweit auf Fr. 24.- pro Monat zu erhöhen. In einer einvernehmlichen Regelung verpflichtet sich Cablecom die Preise bloss in eine Band von Fr. 17.- bis Fr. 22.- zu überführen.

2001 erhöht die Cabelcom GmbH die Gebühren schweizweit auf Fr. 22.- Kurz vor Erlass einer Preisherabsetzungsverfügung willigt sie schliesslich ein, die Gebühren wieder auf Fr. 19.50 zu senken.

3. SRG

Gestützt auf eine formelle Empfehlung des Preisüberwachers erhöht der Bundesrat 1999 die Gebühren nur um 5.3 statt um 9.8 Prozent.

4. Telekommunikation

2002 beantragt die Swisscom eine Erhöhung der Gebühr für den Telefonanschluss auf Fr. 30.- bis 35.- monatlich. Gestützt auf eine formelle Empfehlung des Preisüberwachers lehnt der Bundesrat dieses Begehren vollumfänglich ab.

Im gleichen Jahr werden die Preise der Switch für die Registrierung von Internetadressen in der Zone .ch deutlich reduziert. Die einmalige Anmeldegebühr von Fr. 80.- auf Fr. 40.-, die Jahresgebühr von Fr. 48.- auf Fr. 35.-.

5. Post

Gestützt auf eine formelle Empfehlung des Preisüberwachers lehnt das UVEK im Jahr 2000 die beantragte Erhöhung der A- und B-Briefpost ab.

2003 beschränkt das UVEK die Preiserhöhung bei der Briefpost auf die A- und B-Standardbriefe und lehnt eine Erhöhung bei den grösserformatigen Briefen wie vom Preisüberwacher empfohlen ab.

6. Elektrizitätsmarkt

Durch die Aufschaltung der neuen Website <http://strompreise.preisueberwacher.ch> im letzten Jahr wird die Intransparenz bei den Strompreisen weitgehend beseitigt. Als Folge davon geraten die Strompreise unter Druck und es kommt zu den ersten Preis-senkungen.